

Information zur Datenverarbeitung

gem. Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) bei Inanspruchnahme von Jugendhilfeleistungen

Verantwortliche/r	Bürgermeister der Stadt Geldern Issumer Tor 36 47608 Geldern 02831/398-220 datenschutz@geldern.de
Datenschutzbeauftragte/r	02831/398-228 dsb@geldern.de
Zweck/e der Datenverarbeitung	Angelegenheiten der Familienhilfe, Eingliederungshilfe und Hilfe zur Erziehung
Wesentliche Rechtsgrundlagen	<ul style="list-style-type: none"> • Art. 6 Abs. 1 e) DSGVO i.V.m. § 3 BDSG • Art. 9 DSGVO Abs. 2 g), h) (Gesundheitsdaten) • Bürgerliches Gesetzbuch • SGB VIII • SGB I • SGB IX • SGB X • Satzung des Jugendamtes der Stadt Geldern • freiwillig mit Einwilligung
Widerrufsmöglichkeit bei Einwilligung	Eine Mitwirkung durch Angabe der Daten gem. § 60 SGB I ist verpflichtend, wenn diese für die Hilfestellung erforderlich sind; bei Weigerung kann die Leistung gem. § 66 SGB I versagt werden. Es besteht das Recht, eine abgegebene Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund erteilter Einwilligung bis zur erfolgten Verarbeitung berührt wird. Die Einwilligung ist gegenüber der Stelle zu widerrufen, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde (Artikel 7 Abs. 3 DSGVO)
Empfänger und Kategorien von Empfängern der Daten (im Regelfall)	<p>Empfänger regelmäßiger Datenübermittlung bspw.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Allgemeiner Sozialer Dienst, Fachdienste innerhalb des Jugendamtes, Wirtschaftliche Jugendhilfe, Familien-, Verwaltungs- und Sozialgerichte, andere Jugendämter, Einwohnermeldeamt, Bereich Arbeit und Soziales, Landschaftsverbände, Träger der freien Jugendhilfe, Pflegestellen, Standesämter, Bezirksregierungen, Schulen, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Leistungserbringer innerhalb der Gesundheits- und Krankenhilfe, Rententräger, Unfall- und Pflegeversicherung, Finanzamt, gesetzliche Betreuer • Interne Weitergabe innerhalb der Stadt Geldern, soweit dies durch eine Rechtsvorschrift erlaubt ist bzw. die Zweckbindung der Datenerhebung bleibt. • Sofern Dritte mit der Verarbeitung von Daten auf Grundlage eines sog. „Auftragsvertrages“ beauftragt werden, passiert dies auf Grundlage des Art. 28 DSGVO
Welche Daten werden erhoben	<ul style="list-style-type: none"> • Familienname, Vornamen, Adresse, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, ausländerrechtlicher Aufenthaltsstatus, vorherige Aufenthaltsverhältnisse sowie Kontaktmöglichkeiten (Telefonnummer, E-Mail-Adresse), • vorangegangene SGB VIII-Leistungen • Angaben zur Schule, Schulklasse und Schulabschluss • Sorgerechtsangaben, Familienstand, Angaben zu weiteren Kindern sowie Ehe- oder Lebenspartner/inne/n, • gesundheitliche Verhältnisse, ärztliche Stellungnahmen, Berichte und Diagnosen • Angaben zur Krankenversicherung, Beruf, Arbeitgeber, Einkommen, Vermögen, ggfs. Art und Dauer des Bezugs von Renten, Sozialleistungen, Kindergeld und sonstigen Ansprüchen, Kontodaten, ggf. weitere persönliche Sozialdaten, die im Rahmen der sozialpädagogischen Diagnostik erhoben werden, wenn die Gewährung einer erzieherischen Hilfe oder einer Eingliederungshilfe in Frage kommt (z. B. Familiengeschichte, belastende Ereignisse, Entwicklung des Kindes in Kindertagesstätte und Schule etc.).

Speicherung der Daten	<p>Die gespeicherten Daten werden unverzüglich gelöscht, sobald sie für die Zwecke, für die sie erhoben wurden, nicht mehr notwendig sind (Art. 17 Abs. 1 Buchst. a DSGVO) oder einer der anderen in Art. 17 Abs. 1 b-f DSGVO genannten Lösungsgründe vorliegt. Wegen der strengen Anforderungen der DSGVO an eine unverzügliche Löschung werden die Daten aufgrund von Interessenslagen und Verjährungsfristen in der Regel 10 Jahre nach Beendigung der Jugendhilfen gelöscht.</p> <p>Das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragung und Widerspruch bezüglich der erfassten personenbezogenen Daten wird an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen. Rechtsgrundlage hierfür sind die Artikel 15 bis 21 der Datenschutzgrundverordnung.</p> <p>Es besteht zudem das Recht, Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einzulegen.</p>
Rechte der betroffenen Person	<p>Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:</p> <ol style="list-style-type: none"> a. Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO). b. Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO). c. Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DSGVO. d. Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung. e. Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).
Zuständige Aufsichtsbehörde	<p>Beschwerderecht</p> <p>Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.</p> <p>Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde:</p> <p>Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf</p> <p>Hausanschrift: Kavalleriestr. 2-4 40213 Düsseldorf Telefon 0211 / 38424-0 Fax 0211 / 38424-10 Email poststelle@ldi.nrw.de Internet www.ldi.nrw.de</p>